

Jörg Meyer (Universität Magdeburg)

Zum für und wider von kausaler Theoriebildung in der Friedens- und Konfliktforschung

Einleitung

Ein Schwerpunkt der Friedens- und Konfliktforschung liegt traditionell in der Erforschung von Kriegsursachen sowie seit einiger Zeit gerade auch von Friedensursachen. Dies kann kaum überraschen, insoweit der Status als wissenschaftliche Disziplin von der Formulierung von verallgemeinernden Aussagen über kausale Beziehungen abhängig gemacht wird und ein politisch-gesellschaftlicher Erwartungsdruck bezüglich der Erklärung von Krieg und Frieden sowie der Bereitstellung von Handlungsanleitungen besteht. Der Anspruch respektive das Ziel einer kausalen Theoriebildung lassen sich aber in mehrfacher Hinsicht problematisieren, was im vorliegenden Beitrag geschehen soll.

Zunächst kann darauf verwiesen werden, dass die insbesondere von der systematischen Kriegsursachenforschung unternommenen Anstrengungen bisher zu (fast) keinen robusten Ergebnissen geführt haben. Auf diesen Befund einer (weitgehenden) Abwesenheit von nicht falsifizierten Theorien wurde sowohl mit einem Aufruf zu einer Intensivierung der Forschung als auch einer Veränderung des Begriffs der „Ursache“ geantwortet (Dessler 1991). Beides hat nicht zu einer prinzipiellen Veränderung der Situation geführt. Vielmehr werden nach wie vor verallgemeinernde Aussagen über die Ursachen von Krieg und Frieden getätigt, wobei unterschiedliche Ursachenkonzepte verwendet werden und häufig unklar bleibt, wie Aussagen über kausale Zusammenhänge oder Mechanismen überhaupt in einer wissenschaftlichen Art und Weise belegt beziehungsweise widerlegt werden könnten.

Die bisher genannten Punkte beziehen sich auf Schwachstellen oder Probleme, ohne deshalb schon unbedingt einen Verzicht auf kausale Theoriebildung nahe zulegen. Mit einem konstruktivistischen Verständnis von Sprache und sozialer Realität und einer Unterscheidung zwischen Ursachen und Gründen lässt sich dieses Vorhaben aber prinzipiell in Frage stellen (Smith 2000). Einerseits wird argumentiert, dass kausale Theorien für soziale Beziehungen unangemessen sind. Andererseits wird eine Alternative in Form so genannter „konstitutiver Theorien“ angeboten, die kurz gesagt eine Rekonstruktion von kontingenten Regeln und Praktiken des „Gebens und Nehmens von Gründen“ zum Inhalt haben.

Diese Position wird in der neueren Debatte der Internationale Beziehungen wiederum kritisiert oder sogar explizit zurückgewiesen. Gründe dürfen demnach nicht kategorisch von Ursachen unterschieden werden, sondern sind vielmehr als solche zu begreifen, wenn die Differenz zwischen Handlungen und einem bloßen Verhalten aufrechterhalten werden soll (Wight 2002). Zudem erfolgt das Bemühen, in den Arbeiten „konstitutiver“ Theoretiker einen

internen Widerspruch in dem Sinne aufzudecken, dass diese sich von kausaler Theoriebildung distanzieren, aber zugleich, ohne es unbedingt zu merken, kausale Behauptungen aufstellen, wenn sie etwa von den „Effekten“ von Diskursen sprechen (Kurki 2006).

Soviel vorerst zum Stand der Debatte. Wenn hier in der Überschrift eine Diskussion der Argumente für und wider einer kausalen Theoriebildung angekündigt wird, so soll damit nicht der Besitz eines objektiven oder neutralen Standpunktes suggeriert werden. Die Einsicht, dass es keinen universellen und definitiven Maßstab zur Bewertung von konkurrierenden Ansätzen und Methodologien gibt, besagt allerdings weder, dass es gar keine Kriterien zur Beurteilung unterschiedlicher Wege des Studiums von sozialen Beziehungen und Politik gibt, noch, dass eine Erörterung der relativen Vorzüge verschiedener Ansätze müßig ist (Tully 2003: 3). In diesem Sinne werde ich im Folgenden versuchen, zentrale Probleme kausaler Theoriebildung herauszuarbeiten und die relativen Vorzüge so genannter konstitutiver Ansätze sichtbar zu machen. Die starke Variante meiner Argumentation läuft darauf hinaus, dass die Friedens- und Konfliktforschung die Suche nach Ursachen in der Tat aufgegeben sollte. In einer schwachen Variante plädiere ich dafür, im Fall einer kausalen Theoriebildung den jeweils verwendeten Ursachenbegriff transparent zu machen und die politischen (Neben-)Folgen von kausalen Theorien zu reflektieren.

Im ersten Kapitel wird zunächst darauf eingegangen, dass der Ausdruck „Ursache“ auch in der Friedens- und Konfliktforschung gebraucht wird, ohne immer genaue Angaben dazu zu machen, auf welche Art und Weise sich Behauptungen über Ursachen wissenschaftlich belegen beziehungsweise widerlegen lassen. Inwieweit diese Verwendungen repräsentativ sind, muss allerdings dem Urteil des Lesers anheim gestellt bleiben. Im folgenden Abschnitt skizziere ich dann einen Ansatz, der sowohl eine präzise Definition von „Kausalität“ als auch Informationen darüber liefert, wie kausale Hypothesen zu formulieren sind, um deren Test zu ermöglichen. Dieser relative Vorteil gegenüber einem lockeren Ursachenbegriff, so meine weitere Argumentation, geht aber mit erheblichen Kosten einher. Im dritten Kapitel setze ich mich neueren Arbeiten auseinander, die eine Gleichsetzung von Kausalität und Korrelation verwerfen und sich zugleich gegen eine Unterscheidung von Ursachen und Gründen sowie kausaler und konstitutiver Theoriebildung wenden. Damit droht allerdings erneut unklar zu werden, wie sich Aussagen über Ursachen belegen beziehungsweise widerlegen lassen. Vor allem jedoch, das versuche ich zu veranschaulichen, verfehlen diese Positionen den Witz der Unterscheidung von Ursachen und Gründen.

1. Zur lockeren Verwendung des Ausdrucks „Ursache“

Angesichts seiner zentralen Stellung in der Wissenschaft und speziell auch der Friedens- und Konfliktforschung könnten wir vermuten, dass die Bedeutung des Ausdrucks „Ursache“ auf der Hand liegt. Nun ist vielfach darauf hingewiesen worden, dass Begriffe keineswegs immer

eindeutig, sondern häufig umstritten sind. Wenn ich zu Paul sage: ‚Schau doch, Peter ist kein Freund von dir, denn er flirtet mit deiner Frau Paula‘, dann könnte Paul diese Behauptung auf mindestens zweifache Art und Weise bestreiten. Er könnte sagen, dass Peter gar nicht mit Paula flirtet (‚die beiden lachen nur miteinander‘), oder Peter dennoch ein Freund von ihm ist und bleibt (‚Flirten ist für Freunde erlaubt‘). Und wenn ein Experte in einer Fernsehdebatte feststellt: ‚Deutschland und die USA sind Freunde, deshalb begeht die deutsche Politik einen Fehler, wenn sie die amerikanische Politik kritisiert anstatt sie in ihrem Kampf um Sicherheit zu bestätigen‘, dann könnte ein anderer Experte dagegen halten: ‚Freunde bestätigen sich nicht nur, sondern sie korrigieren sich auch, weshalb die deutsche Politik, wenn sie überzeugt davon ist, dass die amerikanische Regierung einen Fehler macht, ihre amerikanischen Freunde kritisieren muss‘.

Ob Freunde mit der Frau eines Freundes flirten dürfen und ob sich befreundete Staaten nur wechselseitig bestätigen oder auch kritisieren müssen, scheint eine Frage sprachlicher Festlegungen und Konventionen zu sein. Ganz anders stellt sich (auf den ersten Blick) die Sache dar, wenn ich sage: ‚die Ursache, warum Peter von seiner Frau Petra verlassen wurde, ist der Fakt, dass Peter mit Paula geflirtet hat‘. Denn selbst wenn mein Gesprächspartner mir darin zustimmen würde, dass Peter mit Paula geflirtet hat und später von seiner Frau verlassen wurde, könnte er um Belege dafür bitten, dass das erste Ereignis das zweite verursacht hat, und ich könnte dann nicht einfach auf ein Ereignis verweisen. Allgemeiner gesprochen stoßen wir hier auf das bekannte Problem, dass sich Ursachen nicht beobachten lassen.

Wie können wir damit aber umgehen? Eine nicht völlig unübliche Praxis besteht darin, Wissenschaftler zu zitieren. Zwar mögen wir übereinstimmenden Meinungen einen gewissen Wert beimessen, belegt werden können so jedoch nur Aussagen über eine kausale Beziehung, und nicht die kausale Beziehung ‚an sich‘. Das Problem wird also nur verschoben. Deutlicher wird der Punkt vielleicht anhand des zweiten Beispiels. Die amerikanische und die deutsche Politik bzw. die Teilnehmer der Fernsehdiskussion mögen zwar unter Umständen in der Lage sein, sich auf einen Begriff von ‚Freund‘ zu einigen und auch zu einem gemeinsamen Urteil darüber zu kommen, ob sich die deutsche Politik falsch verhält, wenn sie ihre amerikanischen Freunde kritisiert. Wenn es aber zum Beispiel um die Frage geht, ob ein Krieg gegen den Irak tatsächlich zu mehr Sicherheit führt, scheint die Entscheidung darüber weder in den Händen der deutschen und der amerikanischen Politik zu liegen noch davon abhängig zu sein, was Experten über die Ursachen von Sicherheit und Unsicherheit behaupten.

Diese Bemerkungen mögen trivial sein (oder einer Revision bedürfen), die Frage steht aber im Raum: wie lassen sich Behauptungen über Ursachen – abgesehen von dem Verweis auf übereinstimmende Behauptungen – belegen bzw. widerlegen? Dazu werfe ich nun einen Blick in eine Einführung in die Friedens- und Konfliktforschung. Hier findet sich in einem Artikel zu zentralen Begriffen im Kapitel ‚Krieg‘ ein Unterabschnitt zu ‚Analyseebenen und Kriegsursachen‘, in dem verschiedene wissenschaftliche Erklärungen mit ihren Kernaussagen dargestellt werden, was in dem Fazit mündet: ‚Kriege als bewaffnete Großgruppenkonflikte,

in die meistens wenigstens ein Staat involviert ist, haben also verschiedene Ursachen, die auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt sind“ (Bonacker/Imbusch 2005: 122).

Ich möchte keineswegs behaupten, dass diese Feststellung unzutreffend ist. Sie wird nach meinem Dafürhalten aber auch nicht weiter belegt. Kurz gesagt werden zwar vielfältige Behauptungen über die Ursachen von Krieg wiedergegeben, die ebenfalls zutreffen mögen, aber ob dies jeweils der Fall ist und auf welchem Wege sich das ermitteln lassen könnte, bleibt offen. Diese Fragen zu behandeln, dürfte wohl gar nicht das Anliegen des Artikels sein. Dennoch wird streng genommen eben nur belegt, dass es in der Wissenschaft verschiedene Erklärungen für das Entstehen von Kriegen gibt. Dies kommt teilweise in entsprechenden Formulierungen zum Ausdruck, wie in den mit Literaturangaben versehenen Aussagen, dass die Kritische Friedensforschung „den Zustand der kapitalistischen Gesellschaft gerade für das Entstehen von Kriegen *verantwortlich macht*“, „für den politischen Realismus Kriege eine wahrscheinliche Folge der Ungeordnetheit (Anarchie) des internationalen Systems sind“ oder sich „dem Sozialkonstruktivismus *zufolge*“ das „Handeln von internationalen oder staatlichen Akteuren“ in erster Linie „an Normen, Ideen und diskursiv erzeugten Leitkonzepten“ orientiert, und Kriege „*dennach*“ dann entstehen, „wenn diese Konzepte Feindbilder oder den Eindruck einer äußeren Bedrohung entstehen lassen, der mit Gewalt entgegengewirkt werden muss“ (ebd.: 118-121; Hervorhebungen J.M.).

Abgesehen davon, dass die von Thorsten Bonacker und Peter Imbusch beschriebenen Erklärungen auf unterschiedlichen oder sogar unvereinbaren methodologischen Grundlagen beruhen könnten, und vielleicht keine einzige Erklärung von allen Ansätzen akzeptiert wird, sehen wir uns mit einer Vielzahl von (behaupteten) Ursachen von Kriegen konfrontiert. Neben den oben bereits genannten wird auf „den Menschen mit seinen Neigungen, Trieben und seinem Machtwillen“, „räumliche Enge und mangelnde Triebbefriedigung“, den „Staat und „die staatliche Organisationsform“, „innergesellschaftliche Verhältnisse“, „immanente Widersprüche globaler Vergesellschaftungsprozesse“, „mangelnde Staatlichkeit“ und „neu wahrgenommene Bedrohungslagen“ verwiesen (Bonacker/ Imbusch 2005).

Mit Rückgriff auf weitere Literatur ließe sich die Liste erheblich verlängern. Aber auch so zeichnet sich schon deutlich ab, dass einige der für eine kausale Erklärung von Kriegen herangezogenen Faktoren mehr oder weniger omnipräsent sind, und eine Veränderung von bestimmten Zuständen nicht unbedingt das Entstehen von Kriegen verhindert, wenn laut Forschung z.B. sowohl die „staatliche Organisationsform“ wie „mangelnde Staatlichkeit“ als auch die Abwesenheit von Staatlichkeit („Anarchie“) Ursache von Kriegen sein können. Kurz gesagt mag es uns an vielem mangeln, aber nicht an Kriegsursachen. Manchmal scheint die Plausibilität von Behauptungen fast nur an einem Begriff zu hängen: „Ursprünglich nicht zu den Konfliktursachen, aber zu den verschärfenden Faktoren, die inzwischen nicht mehr von ersteren zu trennen sind, gehörte die dichte Besiedlung bzw. die *demographische Explosion* in beiden Kleinstaaten“ (Mehler 2005: 259; Hervorhebung J.M.).

Es geht mir wiederum nicht darum, ob die Behauptung von Andreas Mehler zu Burundi und Ruanda zutreffend oder unzutreffend ist. Vielmehr frage ich mich, was sie besagt, und auf welchem Wege ein Urteil darüber zu fällen ist, ob sie zutrifft. Die Proposition, dass es eine dichte Besiedlung bzw. demographische Explosion in beiden Kleinstaaten gab, könnte vor allem im Hinblick auf den Gebrauch des Ausdrucks „Explosion“ kritisiert werden, dennoch scheint relativ klar, was sie besagt, und wie sie zu belegen ist: nämlich zum Beispiel mit Zahlen zur Fläche der beiden Staaten sowie zur Einwohnerzahl und deren Veränderung, was Mehler (2005: 259) ja auch macht. Unsicher bin ich mir hinsichtlich der Proposition, dass die verschärfenden Faktoren inzwischen nicht mehr von den Konfliktursachen zu trennen sind: besagt sie, dass die verschärfenden Faktoren ein Teil der Konfliktursachen geworden sind oder es nur nicht mehr möglich ist, eine Differenz zu beobachten?

Im Mittelpunkt meines Interesses steht die Proposition, dass die dichte Besiedlung bzw. die demographische Explosion zu den verschärfenden Faktoren (und vielleicht auch: zu den Konfliktursachen) „gehörte“. Mit Bezug auf unsere alltägliche Sprache fühle ich mich zu der Feststellung berechtigt, dass sie besagt, dass die dichte Besiedlung bzw. die demographische Explosion zur Verschärfung (zum Fortgang) des Konflikts beigetragen hat bzw. der Konflikt ohne diesen Faktor nicht eine so verschärfte (fortdauernde) Form angenommen hätte. Wenn wir sagen: ‚die Ursache, warum Peter von Petra verlassen wurde, ist der Fakt, dass Peter mit Paula geflirtet hat‘, dann behaupten wir, dass Peter nicht von Petra verlassen worden wäre, wenn er nicht mit Paula geflirtet hätte. Damit verfügen wir zwar über einen halbwegs klaren Begriff von „Ursache“. Er hilft uns aber leider vorerst insoweit auch nicht weiter, als dass er eine „kontrafaktische“ Bedingung beinhaltet.

2. Zu einer Definition von Kausalität

Ein zumindest seit David Hume eingeschlagener Weg, mit dem eben skizzierten Problem umzugehen, besteht darin, sich auf die Formulierung und Überprüfung von Hypothesen über ein regelmäßiges Zusammentreffen von Ereignissen zu beschränken. In letzter Konsequenz ginge es also um Gesetze, die entweder die Form: ‚wenn A, dann B‘, oder: ‚kein B, ohne A‘ haben. Die erste Form ist ungeeignet, um für irgendeinen Fall zu belegen, dass ein spezielles Ereignis B etwas mit einem Ereignis vom Typ A zu tun hat, da sie keine Aussage beinhaltet, dass B nicht ohne A auftreten kann. Die zweite Form impliziert, dass alle Ereignisse vom Typ B eine bestimmte notwendige Voraussetzung (Ereignisse vom Typ A) haben.

Ein Beispiel aus dem Gegenstandsbereich der Friedens- und Konfliktforschung für eine mögliche Gesetzmäßigkeit der ersten Form, und nach meiner Kenntnis die einzige ernsthaft diskutierte, ist die These von der „wechselseitigen Friedfertigkeit von Demokratien“. In die entsprechende Form gebracht: ‚wenn zwei Staaten demokratisch sind, dann führen sie nicht Krieg gegeneinander‘. Ernst-Otto Czempiel stellt eine Behauptung auf, die zu unserer zweiten

Form passen dürfte. Die Diskussion darüber, „warum Demokratien im Verhältnis zu Nicht-Demokratien keine geringere Gewaltneigung aufweisen“, schreibt Czempiel (1999: 86), „wird weitergehen, aber an dem Faktum nichts mehr ändern, dass die Existenz demokratischer Herrschaftssysteme die notwendige und die wichtigste Voraussetzung für die Entstehung von Friedenszonen bildet“. Das Gesetz würde also lauten: ‚Keine Entstehung von Friedenszonen, ohne die Existenz demokratischer Herrschaftssysteme‘.

Insgesamt werde ich es kaum vermeiden können, auf die Debatte zum „Demokratischen Frieden“ einzugehen, was aber erst später geschehen soll. An dieser Stelle wende ich mich einem Ansatz zu, der die Hürde für kausale Hypothesen weniger hoch anlegt. Und tatsächlich spricht einiges dafür, die Hürde nicht so hoch anzulegen. Denn wenn wir kausale Aussagen von Gesetzmäßigkeiten abhängig machen, die eine der beiden eben skizzierten Formen haben und nicht widerlegt sind, dann wären wir bspw. nicht mehr dazu berechtigt, als Ursache dafür, warum eine Ehefrau von ihrem Mann verlassen wurde, den Umstand anzugeben, dass sie ihn mit einem anderen Mann betrogen hat: Weder wird jede Ehefrau, die ihren Mann betrügt, von ihm verlassen, noch hat jede Ehefrau, die ihren Mann verlässt, diesen zuvor betrogen. Gary King, Robert O. Keohane und Sidney Verba schlagen ein Konzept von Kausalität vor, das auf keine der beiden eben skizzierten Formen von Gesetzen oder Regelmäßigkeiten hinausläuft. Zur Illustration verwenden sie ein Beispiel der „quantitativen Forschung“, ohne allerdings den Geltungsbereich ihres Begriffs von Kausalität und der damit verbundenen methodologischen Lehre darauf zu beschränken. Im Gegenteil:

A major purpose of this book is to show that the differences between the quantitative and qualitative traditions are only stylistic and are methodologically and substantively unimportant. All good research can be understood – indeed, is best understood – to derive from the same underlying logic of inference. Both quantitative and qualitative research can be systematic and scientific (King/Keohane/Verba 1994: 4f).

Sie definieren Kausalität als den „kausalen Effekt“ einer „unabhängigen Variable“ auf eine „abhängige Variable“: „the causal effect is the difference between the systematic component of observations made when the explanatory variable takes one value and the systematic component of comparable observations when the explanatory variable takes another value“ (ebd.: 81f). Das Beispiel zur quantitativen Forschung bezieht sich auf den Effekt, den der Amtsinhaber-Status eines Kandidaten der Demokraten auf seinen Anteil an Wählerstimmen bei den Wahlen zum US-Repräsentantenhaus hat (76-82). Die abhängige Variable ist in diesem Beispiel der Stimmenanteil, den der Kandidat erhält. Die unabhängige Variable („explanatory variable“) ist dichotom: Entweder ist der Kandidat ein Amtsinhaber oder nicht. Dann betrachten wir einen bestimmten Wahldistrikt mit einem demokratischen Amtsinhaber der Demokraten, der einen bestimmten Stimmenanteil erhält. Um den kausalen Effekt (als „theoretisches Konzept“) zu definieren, sollen wir uns vorstellen, dass wir zum Beginn der Wahlkampagne zurückgehen, und alles gleich bleibt, abgesehen davon, dass die Demokraten

einen anderen Kandidaten nominieren. Der Stimmenanteil, den dieser Nicht-Amtsinhaber erhalten würde, ist ein anderer Wert der abhängigen Variablen. Der „realized causal effect“ des Status als Amtsinhaber in diesem Wahldistrikt wäre die Differenz zwischen den beiden Stimmenanteilen.

Wie King, Keohane und Verba schreiben, ist dieser Effekt natürlich nur in der Theorie definiert, weil wir in irgendeiner „realen“ Wahl entweder nur den Stimmenanteil für einen Amtsinhaber oder für einen Nicht-Amtsinhaber der Demokraten beobachten können, jedoch niemals beide. Nun fahren wir mit einer Vielzahl von hypothetischen Replikationen derselben Wahl fort. Dann erhalten zwei „random variables“: den durchschnittlichen Stimmenanteil für die Replikationen mit einem demokratischen Amtsinhaber und den durchschnittlichen Anteil an Wählerstimmen für die Replikationen mit einem Nicht-Amtsinhaber. Der „mittlere kausale Effekt“ ist die Differenz zwischen den beiden Zufallsvariablen.

Natürlich sind alle Werte der abhängigen Variablen (bis auf einen) hypothetisch. King, Keohane und Verba schlagen hier die folgende Lösung vor. „If we cannot rerun history at the same time and the same place with different values of our explanatory variable each time [...] we can attempt to make a second-best assumption: we can rerun our experiment in two different units that are ‚homogenous‘“ (ebd.: 91). Um unsere kausale Hypothese „empirisch“ zu unterfüttern, könnten wir vielleicht sogar Daten aus allen Bezirken der Kongresswahlen berücksichtigen. Dann würden wir über eine Vielzahl beobachtbarer Werte der abhängigen Variablen verfügen. Allerdings schränken King, Keohane und Verba dies dahingehend ein, dass die Homogenität von Einheiten („unit homogeneity“) nicht einfach vorausgesetzt werden kann bzw. darf. Da sich Annahmen über eine Homogenität von Einheiten generell nicht testen lassen, sollten Wissenschaftler ihre jeweiligen Annahmen explizit machen.: „Across what range of units do we expect our assumption of a uniform incumbency effect to hold? All races for congress? Congressional but not Senate races? Races in the North only? Races in the past two decades only“ (ebd.: 93)?

Wenn ich King, Keohane und Verba richtig verstehe, besteht der Kern ihrer Methodik in der Annahme, „nicht-systematische Effekte“ durch zahlreiche hypothetische Replikationen bzw. empirische Studien mit einer großen Anzahl von Fällen zu neutralisieren. Zum Beispiel könnte der während des Wahlkampfes begangene und öffentlich gemachte Ehebruch eines Kandidaten der Demokraten, der kein Amtsinhaber ist, zu einem anderen Stimmenanteil führen, als ihn der Amtsinhaber erzielt hätte, der in dieser Zeit keinen öffentlich gemachten Ehebruch begangen hat. Dies wäre als eine Verzerrung des kausalen Effekts aufgrund eines nicht-systematischen Faktors zu verstehen. Bei einer ausreichend großen Zahlen von Fällen würde die Verzerrung, die aus öffentlich gewordenen Ehebrüchen von Nicht-Amtsinhabern resultiert, jedoch durch veränderte Stimmenanteile für Amtsinhaber neutralisiert, die während des Wahlkampfes einen öffentlich gewordenen Ehebruch begangen haben.

Insgesamt verfügen wir damit über einen recht präzisen Weg für die Bildung kausaler Hypothesen und Theorien. Wir könnten nun versuchen zu prüfen, ob eine dichte Besiedlung

und/oder ein gewisses Bevölkerungswachstum einen signifikanten „kausalen Effekt“ auf die Verschärfung eines Konflikts haben. King, Keohane und Verba geben weitere Informationen, wie zu verfahren ist, in Form von Regeln für eine („gute“) wissenschaftliche Forschung, die ich nicht alle diskutieren kann. Eine der Regeln lautet: „select dependent variables carefully“, und gliedert sich wiederum in mehrere Unterregeln. Dazu zählt die Aussage, dass abhängige Variablen abhängig sein sollen. „A very common mistake is to choose a dependent variable which in fact causes changes in our explanatory variables“ (ebd.: 107f).

Es scheint zum Beispiel möglich, mit Hilfe dieser Regeln die These zu diskutieren, dass die „Anarchie“ des internationalen Systems eine wichtige Ursache von Gewalt bzw. Kriegen ist. Insoweit gemäß der Theorie im internationalen System bzw. in den Beziehungen zwischen Staaten bisher immer „Anarchie“ herrschte, bleibt bis auf weiteres ungeklärt, wie der kausale Effekt gemessen werden könnte. Falls ersatzweise die Beziehungen innerhalb von Staaten als Untersuchungsgegenstand dienen, bleibt wiederum offen, wie dies geschehen könnte, ohne die oben zitierte Unterregel zu verletzen. Wenn „Anarchie“ als „Abwesenheit eines legitimen zentralen Gewaltmonopols“ definiert wird, und die unabhängige Variable entweder den Wert Anarchie oder Nicht-Anarchie hat, dürfte ein innerstaatlicher Krieg als Wert der abhängigen Variable mehr oder weniger automatisch eine Veränderung in der unabhängigen Variable „verursachen“.

Der Ansatz von King, Keohane und Verba scheint also einige Vorteile gegenüber einem unbestimmten Begriff von „Ursache“ zu bieten.¹ Dennoch leitet diese methodische Lehre zu einer problematische Form von Wissen an. Was für eine Falsifikation offen steht, ist weniger eine Ereignis-Regelmäßigkeit, sondern eine Art Tendenz. Die Behauptung oder Hypothese, dass der Amtsinhaber-Status eines Kandidaten einen positiven Effekt auf den Stimmenanteil hat, den dieser Kandidat bei den Wahlen erhält, ist nicht dadurch widerlegbar, dass er eine katastrophale Wahlniederlage einstecken muss. Das quantitative Beispiel deutet allerdings auf einen wichtigeren Punkt hin, und das ist ein Grund, wieso ich es aufgegriffen habe, statt den Ansatz an einem Thema der Friedens- und Konfliktforschung zu veranschaulichen.

Denn die „Akteure“, die den potentiellen kausalen Effekt herbeiführen, handeln in einer recht speziellen Situation, d.h. sie sind voneinander und von anderen Akteuren und sozialen Beziehungen abgetrennt bzw. isoliert. Damit will ich keineswegs sagen, dass Wähler nicht vom öffentlichen Diskurs beeinflusst sind. Aber wenn in den USA ein Wähler seine Stimme abgibt, dann ist dieser Akt heute durch die Institution „freier und geheimer“ Wahlen geschützt bzw. den Blicken anderer Akteure entzogen. Das ist ein Kontext, der etwa von dem Auftritt in einer Fernsehdebatte oder sehr vielen Handlungen im Rahmen einer militärischen Operation unterschieden werden kann, also von Situationen einer wechselseitigen Korrektur, in denen unser sozialer Status auf dem Spiel steht oder ein Fehlverhalten sanktioniert wird. Darüber hinaus schränken King, Keohane und Verba den Gültigkeitsbereich bzw. die Reichweite von

¹ Diese methodologische Lehre wird, mit der einen oder anderen Modifikation, in der Kriegsursachenforschung durchaus angewendet, so etwa in diversen im *Journal of Peace Research* erschienen Studien.

kausalen Hypothesen und Theorien ein. „The approach we recommended is one of sensitivity to the contingent nature of theories and hypotheses“ (ebd.: 103). In Anbetracht dieser Aspekte des methodologischen Lehre drängt sich die Vermutung auf, dass die auf einem solche Wege gebildeten sozialwissenschaftlichen Theorien eine Art Tendenzen ‚widerspiegeln‘, die durch soziale Begriffe, Regeln und Machtbeziehungen reproduziert werden, was eine Mobilisierung von („materiellen“) Ressourcen einschließt. King, Keohane und Verba (1994: 35) beziehen sich hingegen nicht auf sozial konstituierte und regulierte Praktiken:

The world that social scientists study is made up of particulars: individual voters, particular government agencies, specific cities, tribes, groups, states, provinces, and nations. Good social science attempts to go beyond these particulars to more general knowledge. [...] The specific entities of the social world – or, more precisely, specific facts about these entities – provide the basis on which generalizations must rest.

Ihr Konzept von Kausalität beruht nicht nur auf einer quasi vorsozialen und vorsozialen Welt, sondern auch auf einer paradigmatischen Trennung. Einerseits sagen sie, dass es Fragen gibt, für die ihre Regeln für kausale Schlussfolgerungen nicht relevant sind. „Many of the most important questions concerning political life – about such concepts as agency, obligation, legitimacy, citizenship, sovereignty, and the proper relationship between national societies and international politics – are philosophical rather than empirical“. Andererseits erheben sie den Anspruch, dass ihre Regeln des Schlussfolgerns „are relevant to all research where the goal is to learn facts about the real world“ (ebd.: 3). Nun hatte ich oben eine recht ähnliche Trennung zwischen begrifflichen und kausalen Fragen eingeführt, wobei allerdings erstere mit unserem Sprachgebrauch in Verbindung gebracht wurden und sich auch schon Zweifel an der Haltbarkeit dieser Unterscheidung angedeutet haben.

Stellen wir uns eine kausale Schlussfolgerung bzw. Hypothese vor. Die „unabhängige Variable“ ist dichotom: entweder hat ein Bewerber für einen Lehrstuhl für Internationale Beziehungen „wissenschaftliche“ Studien zu kausalen Theorien veröffentlicht oder nicht. Die „abhängige Variable“ kann zwei Werte annehmen: Entweder er bekommt den Lehrstuhl oder er wird abgelehnt. Nehmen wir an, wir finden einen signifikanten positiven „kausalen Effekt“ der unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable.

Angesichts der zitierten Aussagen nehme ich an, dass der Begriff „wissenschaftlich“ in die Kategorie der „philosophischen“ Fragen fällt. Nun philosophieren wir ja nicht nur über Begriffe wie „Freund“, „Souveränität“ oder „wissenschaftlich“, sondern wenden sie auch an. Davon scheinen zumindest King, Keohane und Verba selbst auszugehen, wenn sie uns ihren Begriff von („guter“) wissenschaftlicher Forschung in Form bestimmter Regeln anempfehlen. Wenn soziale Akteure über die Besetzung eines Lehrstuhls entscheiden, dann wenden sie dabei ebenfalls Kriterien dafür an, wie eine („gute“) „wissenschaftliche“ Forschung aussieht bzw. aussehen sollte. Kurz gesagt hängen „Fakten“ also von den Antworten ab, die wir in Wort und Tat auf „philosophische“ Fragen geben. Zugleich können wir die Behauptung über

Fakten: ‚die Veröffentlichung von wissenschaftlichen Studien zu kausalen Hypothesen erhöht die Wahrscheinlichkeit einen Lehrstuhl für Internationale Beziehungen zu erhalten‘, als eine soziale Regel verstehen²: ‚wer einen Lehrstuhl für Internationale Beziehungen erhalten will, sollte wissenschaftliche Studien zu kausalen Theorien verfassen und veröffentlichen‘. Es soll Nachwuchswissenschaftler geben, die schon in ähnlicher Weise ermahnt wurden.

Erinnern wir uns an die Feststellung von Czempiel, dass die Existenz demokratischer Herrschaftssysteme die notwendige und die wichtigste Voraussetzung für die Entstehung von Friedenszonen bildet. Wir können diese Behauptung als eine soziale Regel verstehen: ‚wer die Entstehung von Friedenszonen fördern will, der sollte undemokratische Herrschaftssysteme demokratisieren‘. Wenn wir die Regel in einer bestimmten Weise anwenden, d.h. in Form einer Demokratisierung mittels des Einsatzes von militärischer Gewalt bzw. Krieg, wird der ‚kausale Effekt‘ der Existenz von ‚demokratischen‘ Herrschaftssystemen auf die Entstehung von ‚Friedenszonen‘ signifikanter, wenn wir die Hypothese in etwa wie folgt bilden:

Die ‚unabhängige Variable‘ ist dichotom: entweder sind alle Herrschaftssysteme in einer bestimmten Zone ‚demokratisch‘ oder ‚nicht-demokratisch‘. Die ‚abhängige Variable‘ kann zwei Werte annehmen: 1 für Frieden und 0 für Krieg in dieser Zone. Wenn ‚wir‘ (als demokratische Herrschaftssysteme) einen Krieg innerhalb einer Zone führen, in der nicht alle Herrschaftssysteme demokratisch sind, wird die Differenz, die ‚wir‘ (als Wissenschaftler) zwischen den beiden Werten feststellen können, größer und der kausale Effekt der Existenz von demokratischen Herrschaftssystemen auf die Entstehung von Friedenszonen signifikanter. Es dürfte also womöglich kein ganz harmloses Unterfangen sein, ‚wissenschaftliches Wissen‘ in Form von ‚Fakten über die reale Welt‘ zu verbreiten. Hervorzuheben ist an dieser Stelle, dass Czempiel sich mehrfach explizit gegen den Einsatz von militärischer Gewalt zum Zweck einer ‚Demokratisierung‘ und Förderung des ‚Friedens‘ ausgesprochen hat. Allerdings dürfte der Umstand, dass von der Wissenschaft produziertes Wissen vereinfacht, verfremdet oder auch instrumentalisiert werden kann, nicht ganz unbekannt sein.

3. Zur Unterscheidung zwischen Ursachen und Gründen

Angesichts der Vermutung, dass wir manchmal Kriege einer ‚Demokratisierung‘ für den ‚Frieden‘ führen, könnten wir annehmen, dass Gründe von Handlungen auch Ursachen sind. King, Keohane und Verba (1994: 36f) zitieren aber zustimmend John Ferejohn: ‚We want social science theories to provide causal explanations of events ... [and] to give an account of the reasons for or meanings of social actions. We want to know not only what caused the agent to perform some act but also the agent’s reasons for taking the action‘. Wenn wir sowohl nach der Ursache als auch nach den Gründen für eine Handlung fragen, könnten wir

² Zur Komplementarität von Feststellungen und Regeln, sowie auch zum Zusammenbruch der *paradigmatischen* Unterscheidungen zwischen Fakten und Werten, synthetischen und analytischen Urteilen und dem Faktischen und dem Sprachlichen vgl. Cavell 2001.

z.B. zu der Folgerung kommen, dass der Einsatz von militärischer Gewalt von Staat A gegen Staat B durch den Bau von Massenvernichtungswaffen in Staat B verursacht wurde und zugleich der Grund für den Einsatz von militärischer Gewalt von Staat A darin bestand, in Staat B ein demokratisches Herrschaftssystem zu etablieren. Wenn wirklich dieser Einsatz von militärischer Gewalt durch den Bau von Massenvernichtungswaffen verursacht wurde, dann wäre der Grund für den Einsatz von militärischer Gewalt aber völlig unerheblich für den Verlauf der Ereignisse in der materiellen Welt. Gründe wären also reine Rechtfertigungen oder Rationalisierungen von Handlungen.

Colin Wight argumentiert gegenüber Steve Smith, dass es heute in der Philosophie der Sozialwissenschaften allgemein akzeptiert sei, Gründe als Ursachen zu verstehen. „In general, understanding reasons as causes has come to be seen as necessary in order to preserve the difference between action and behaviour“. Denn wenn der Grund für eine Handlung „is not part of the causal complex responsible for the act, then the contrast drawn between an act and a bodily movement, upon which hermeneutic accounts insist, is negated“. Er erläutert dies am folgenden Beispiel: „The difference between a waving arm and signalling to a friend depends upon the possession, by an agent, of a *reason* to wave one’s arm in that manner, namely, the desire to signal to a friend“. Und das Fazit lautet: „If reasons are stripped of their causal function, behavioralism beckons“ (Wight 2002: 38).

Das klingt zunächst einmal sehr überzeugend. Wenn der Wunsch, ein demokratisches Herrschaftssystem in Staat B zu etablieren, kein Teil des kausalen Komplexes ist, der für den Einsatz von militärischer Gewalt verantwortlich ist, dann wäre es letztendlich überflüssig oder sogar irreführend, ihn in einer kausalen Erklärung dieser Gewaltaktion zu berücksichtigen. Darüber hinaus könnte nun gesagt werden, dass auch der Bau von Massenvernichtungswaffen in Staat B in ähnlicher Weise mit der Handlung von Staat A bzw. dem Einsatz militärischer Gewalt in Verbindung zu bringen wäre, etwa mit Bezug auf einen „Wunsch“ von Staat A, den Bau von Massenvernichtungswaffen zu stoppen.

Mija Kurki verweist wie Wight auf Konzepte von Kausalität, die von „philosophischen Realisten“ („scientific realists“ und „critical realists“) vorgeschlagen werden. So greift sie auf die Aussage von Roy Bashkar zurück, dass Regelmäßigkeiten weder als notwendig noch als hinreichend für eine kausale Erklärung zu betrachten sind. Zudem verwerfen Realisten laut Kurki ein deterministisches Modell von Verursachung und eine Gleichsetzung von kausaler Erklärung und Vorhersage bzw. Prognosefähigkeit (Kurki 2006: 202):

The realists emphasize that causes exist outside closed systems and that the world, in fact, consists of ‘open systems’, where multiple causes interact and counteract each other in complex and, importantly, unpredictable ways. Thus the central focus of causal analysis is not the analysis of isolated independent variables (through statistical methods), but rather understanding the complex interaction of a variety of different kinds of causal factors (through the building of conceptual frameworks).

Wie Kurki schreibt, wird „Verursachung“ von philosophischen Realisten offener definiert, das heißt, als Ursachen werden „all those things“ definiert, „that bring about, produce, direct or contribute to states of affairs or changes in the world“. Speziell die „kritischen Realisten“ haben nach ihrer Einschätzung die Ursachen vs. Gründe Debatte umkonfiguriert. „The critical realists argue that, when we disentangle the notion of cause from the Humean regularity-deterministic model of causation, we can accept that reasons are, in fact, a type of cause“ (Kurki 2006: 202).

Insgesamt stehen wir damit erneut vor der Frage, wie sich Behauptungen über Ursachen belegen bzw. widerlegen lassen. Leider geben sowohl Wight als auch Kurki hier nicht gerade sehr klare Auskünfte. Eine Information, die sich bereits in einem von Wight gemeinsam mit Heikki Patomäki verfassten Aufsatz findet, besteht darin, dass der vom kritischen Realismus implizierte Modus des (Schluss-)Folgens „neither deduction nor induction, but retrodution“ ist (Patomäki/Wight 2000: 223f). Die Verweise auf „Analogie“ und „Metapher“ legen nahe, dass damit eine Kategorie des Folgens gemeint ist, die häufig als „Abduktion“ bezeichnet wird und sich – insofern die Hypothesen nicht in eine Deduktion transformiert werden – einer Falsifikation entzieht.

Wight bietet aber so etwas wie eine kausale Erklärung an: „Smith’s rejection of reasons as causes is derived from his acceptance of a positivist account of cause“ (Wight 2002: 38). Kurki nimmt in ihrem Aufsatz „*Causes of a divided discipline*“ sogar eine Verallgemeinerung vor: „Reflectivists tend to favour ‘constitutive’ descriptions over causal ones because they tend to associate causal analysis with the empiricist Humean view of social inquiry“ (Kurki 2006: 198). Sie belegt die kausale Hypothese mit verschiedenen Äußerungen „konstitutiver“ Theoretiker. So verweist sie auf die Arbeiten von David Campbell (Kurki 2006: 199):

In *Writing Security*, Campbell declares that the interpretative position he associates himself with is opposed to „calculating and specifying ‚the real causes‘“, instead, Campbell maintains that his poststructuralist theory aims to inquire into the „political consequences of adopting one mode of representation over another“.

Obwohl es „anti-kausal“ erscheint, so Kurkis Lesart, zeugt das Statement von Campbell von einem „implicit causal commitment: representations matter precisely because they *produce* certain *consequences*“. Dieses Verständnis von Repräsentationen kann laut Kurki als ein kausales angesehen werden, wenngleich nicht in einer ‚wenn A, dann B‘ Art und Weise. Darauf folgt eine weitere Variante ihrer oben zitierten Feststellung bzw. Hypothese: „Because Campbell, as other reflectivists, associates causation with the ‘mainstream’ Humeanism in IR, he does not recognise the implicit causal claims in his own work“ (ebd.). An dieser Stelle bietet es sich an, mit Ludwig Wittgenstein zwischen Ursachen und Gründen zu unterscheiden. Im *Blauen Buch* spricht er von einer „Verwechslung“ zwischen Grund und Ursache, zu der „man durch den zweideutigen Gebrauch des Wortes ‚warum‘ verleitet“ wird (Wittgenstein 1984: 34):

Wenn du z.B. auf die Frage „Warum hast du diese Farbe gerade so gemalt, als ich dir aufgab, einen roten Fleck zu malen?“ antwortest: „Mir wurde ein Muster dieser Farbe gezeigt und gleichzeitig wurde das Wort ‚rot‘ zu mir gesagt; und deshalb kommt mir nun immer diese Farbe in den Sinn, wenn ich das Wort ‚rot‘ höre, dann hast du eine Ursache für deine Handlung angegeben und keinen Grund.

Der Satz, so fährt er fort, dass „deine Handlung die und die Ursache hat, ist eine „Hypothese“. Wittgenstein schreibt sogar, dass die Hypothese „wohlbegründet“ ist, wenn man eine Anzahl von Erfahrungen gehabt hat, die, beiläufig, übereinstimmend zeigen, dass deine Handlung die regelmäßige Folge bestimmter Bedingungen ist“ (ebd.). Die Art und Weise, in der uns Kurki eine Erklärung für das Verhalten „konstitutiver Theoretiker“ gibt, scheint diesem Muster sehr zu ähneln, wobei sie natürlich Ursachen für die Handlungen anderer Leute angibt. Wie gibt man aber einen Grund für eine Handlung? Wittgenstein bringt dazu das folgende Beispiel (ebd.: 33):

Angenommen, ich zeigte auf ein Stück Papier und sagte zu jemanden: „Diese Farbe nenne ich ‚rot‘“. Danach gebe ich ihm den Befehl: „Nun male mir einen roten Fleck.“ Dann frage ich ihn: „Warum hast du, als du meinen Befehl ausführtest, gerade diese Farbe gemalt?“ Seine Antwort könnte dann lauten: „Diese Farbe (und er zeigt dabei auf das Muster, das ich ihm gegeben habe) wurde ‚rot‘ genannt; und der Fleck, den ich gemalt habe, hat, wie du siehst, die Farbe des Musters.“ Er hat mir nun einen Grund gegeben, warum er den Befehl in dieser Weise ausgeführt hat.

Der Unterschied zwischen einer Erklärung mit Ursachen und dem Geben von Gründen tritt in den anschließenden Bemerkungen hervor. „Wenn man einen Grund für etwas, das man getan oder gesagt hat, gibt, so bedeutet das, dass man einen Weg zeigt, der zu dieser Handlung führt“. Und weiter: „In einigen Fällen bedeutet das, dass man den Weg angibt, den man selbst gegangen ist; in anderen Fällen bedeutet es, dass man einen Weg beschreibt, der dahin führt und mit bestimmten akzeptierten Regeln übereinstimmt“ (ebd.: 33). Der Weg, den man dann beschreibt, ist also „zwar manchmal, aber keineswegs immer der“, den man „faktisch selber beschritten hat“. Und „das ist ja“, so Arno Ros, „nun wirklich nicht mehr dasselbe wie das, was wir gemeinhin als ‚kausale Erklärung‘ bezeichnen“ (Ros 1990: 333).

Wieso sollte diese Unterscheidung in der Friedens- und Konfliktforschung Beachtung finden? Erstens impliziert sie natürlich nicht, dass Gründe keine Effekte oder Konsequenzen haben können. Zweitens sind Gründe nicht mit mentalen Zuständen oder Ereignissen wie „Einstellungen“ und „Wünschen“ zu verwechseln. Drittens geht es bei der Unterscheidung zwischen Ursachen und Gründen um verschiedene Wege der Begründung bzw. Erklärung von Handlungen, und im Hinblick auf sozialwissenschaftliche Forschung um eine Unterscheidung zwischen methodologischen Lehren sowie die politischen Konsequenzen einer Anwendung dieser Lehren.

Campbell schreibt, dass sein Ansatz sich mit den “political consequences of adopting one mode of representation over another” auseinandersetzt. Kurki geht in ihrer Interpretation nicht auf das Wort „adopting“ ein. Wenngleich ich damit den Ansatz von Campbell womöglich in unakzeptabler Weise vereinfache, möchte ich hier den britischen Premierminister Tony Blair zitieren: „This is not a clash between civilizations; it is a clash about civilization. It is the age-old battle between progress and reaction, between those who embrace the modern world and those who reject its existence”. Und weiter schreibt Blair: “it is the extremists, not us, who are slaughtering the innocent and doing it deliberately [...] they are the only reason for the continuing presence of our troops in Iraq and Afghanistan“ (Blair 2007: 82). Seine Folgerung lautet (ebd. 84):

Some people seriously believe that if we only got out of Iraq and Afghanistan, the [terrorist] attacks would stop. ... If we recognized this struggle for what it truly is, we would at least be on the first steps of the path of winning it. ... We must not just reject their barbaric acts but also their false sense of grievance against the West, their attempt to persuade us that it is others and not they themselves who are responsible for their violence. In the era of globalization, the outcome of this clash between extremism and progress will determine our future. We can no more opt out of this struggle than we can opt out of the climate change around us. Inaction ... would be profoundly and fundamentally wrong.

Die Argumentation (soweit sie hier zitiert wurde), startet mit einer Re-Artikulation von etwas, was mit Campbell als „moral cartography“ bezeichnet werden kann. Wie Campbell (1996: 163) es mit Referenz auf den Kalten Krieg beschreibt: „The responsibility for evil was located in the other and the responsibility for combating it was a burden of the self“. Kurz gesagt wird mit einem derartigen Repräsentationsmodus die Präsenz „unserer“ Truppen im Irak und in Afghanistan eine Art Notwendigkeit. Das besagt nicht, dass der Repräsentationsmodus die Ursache der Truppenpräsenz ist. Es ist ein Weg, der zu einer Handlung führt, ein Weg, den wir vielleicht gegangen sind und weiter gehen werden, oder den wir nur hätten gehen können und in Zukunft gehen werden, oder auch nicht.

Blair schreibt, dass die Extremisten „are the only reason for the continuing presence of our troops“. Natürlich meint dies nicht, dass es („physisch“) unmöglich ist, die Truppen aus Irak und Afghanistan zurückzuziehen. Vielmehr lässt es sich so verstehen, dass wir keine realistische Alternative haben. Was gesagt wird, ist zunächst einmal, dass die Präsenz unserer Truppen in Wahrheit ein Teil des alten Kampfes zwischen Fortschritt und Reaktion, zwischen der Moderne und ihren Widersachern sowie der Zivilisation und (extremistischer) Gewalt ist. Zudem wird eine Repräsentation zurückgewiesen, nach der „wir“ bzw. die Präsenz „unserer Truppen“ eine Mitverantwortung an der (eigentlichen und ursächlichen) Gewalt der anderen haben. Insgesamt wird der Kampf als unvermeidlich dargestellt, als ein Fakt, der uns nicht die Wahl eines Ausstiegs lässt, was mit der Analogie des Klimawandels gestützt wird, und mit der (in den zitierten Passagen indirekten) Feststellung einhergeht, dass ein Rückzug

unserer Truppen nicht zu einem Ende der Gewalt führen wird. Mehr noch: den Kampf nicht fortzuführen, ist gleichbedeutend mit „inaction“. Eine weitere politische Konsequenz, wenn wir uns diesen Repräsentationsmodus zu Eigen machen, könnte darin bestehen, dass es keinen Sinn hat, mit den Extremisten zu reden, ja schon ein derartiger Vorschlag Zeichen für einen Realitätsverlust wäre. Aber Blair plädiert nicht nur für eine weitere Präsenz unserer Truppen, sondern auch dafür, zu den Extremisten zu sprechen: „I do not mean just telling them that terrorist activity is wrong. I mean telling them that their attitude toward the United States is absurd, that their concept of governance is prefeudal, that their positions on women and other faiths are reactionary“ (Blair 2007: 84).

Wir können entweder annehmen, dass Blair ein klein wenig naiv ist und tatsächlich meint, dass die Extremisten daraufhin ihre Haltung gegenüber den USA oder ihre Einstellung zu Frauen ändern, oder dass hier zu anderen Leuten gesprochen wird, also beispielsweise wir (als moderne Menschen) noch einmal daran erinnert werden, wie unzivilisiert die Extremisten sind. Nun könnte der Einwurf erfolgen, ich hätte eben genau das getan, wogegen ich mich die ganze Zeit so umständlich und abstrakt ausgesprochen habe. Nämlich, wenn vielleicht nicht Gründe, so doch „faktische“ Einstellungen als Ursachen von Handlungen bzw. einem Nicht-Vollzug von anderen Handlungen anzugeben. Ich meine aber, dass wir der auch von auf Wittgenstein zurückgreifenden Konstruktivisten vertretenen Überzeugung, dass es so etwas wie echte Gefühle von Hass oder Überlegenheit gibt, gerade gerecht werden, indem wir sie nicht in kausale Theorien einbauen bzw. gar keine kausalen Theorien bilden.

Wenn wir uns einen Ansatz zu Eigen machen, der Gründe als Ursachen begreift, können wir nach dem Muster der von Kurki vorgeführten kausalen Erklärung des Verhaltens von „konstitutiven Theoretikern“ die Hypothese formulieren: ‚Blair tendiert, wie andere westliche Politiker, dazu eine fortgesetzte Truppenpräsenz im Irak und in Afghanistan gegenüber einem Truppenabzug zu favorisieren, weil er dazu neigt, einen Truppenabzug mit Untätigkeit in dem Kampf für Fortschritt und Zivilisation zu verbinden.‘ Diese Hypothese könnten wir dann mit ähnlichen Äußerungen westlicher Politiker belegen. Aber was ist damit gewonnen? Und wie können wir eine Neigung oder eine Einstellung verändern, sei es von westlichen Politikern oder Extremisten? Wohl kaum, indem man einfach jemanden sagt, dass seine Einstellungen absurd und reaktionär sind. Aber das bedeutet gerade nicht, wir müssten Einstellungen als Fakten nehmen, sondern nur, dass mehr Arbeit vonnöten ist. Wittgenstein hoffte zumindest, er könne „stimulate someone to thoughts of his own“ (Philosophical Investigations; zitiert nach Gunnell 2004: 93). Eine Botschaft für die Politische Theorie, und auch für die Friedens- und Konfliktforschung, kann lauten, dass es um „begriffliche Untersuchungen“ in einem weiten Sinne geht (vgl. Gunnell 2004).

Nun macht Kurki das in gewisser Art auch. „If the concept of cause is reconceptualized on the lines suggested here, it emerges that ... causal analysis in the wider reconceptualized sense is, in fact, something that all IR theorists, including constitutive theorists, engage in“ (Kurki 2006: 190). Vielleicht löst sie einen weiteren „metaphysischen“ Dualismus auf. Oder

es ist nur ein Trick. Wenn „Gründe“ und „Ursachen“ mehr als Worte sind und mit bestimmten Auffassungen von sozialer Realität und methodologischen Lehren bzw. Forschungspraktiken verknüpft sind, lassen sich die Differenzen zwischen den Ansätzen kaum beheben, indem man einfach den Begriff von „Ursache“ erweitert.

Fazit

Wenn „wir“ mit einem konstruktivistischen bzw. kulturwissenschaftlichen Verständnis von Sprache und sozialer Realität davon ausgehen, dass Bedeutung und Wahrheit wie auch die soziale Welt von „uns“ konstruiert werden bzw. ein Resultat von Praktiken sind (vgl. Onuf 1989; Hall 1997; Kratochwil 2001), dann sind Behauptungen über Ursachen und kausale Erklärungen halt auch nur konstitutive Praktiken. Damit ist keineswegs gemeint, dass jede Behauptung ihre eigene Wahrheit erzeugt. Mit einem von mir ergänzten Zitat von Donald Davidson: „Wenn man die These ablehnt, das Wirkliche und das Wahre seien von unseren Überzeugungen“ und unseren Praktiken „unabhängig, so läuft das nicht darauf hinaus, dass man die womöglich mit dieser These verwechselte Binsenweisheit verwirft, im allgemeinen werde etwas nicht dadurch wahr, dass man es glaubt“ oder sagt (Davidson 2005: 176).

Es spricht viel dafür, dass die „performative Kraft“ von Behauptungen – im Sinne einer Veränderung von Handlungen und Mobilisierung von Ressourcen, und also auch einer Veränderung der materiellen Welt – damit in Zusammenhang gebracht werden, inwieweit sie wahr sind (vgl. Debrix 2003). Aber eben nicht im Sinne einer sprachunabhängigen Wahrheit und mit Bezug auf *die* Realität, sondern eine durch vorgängige Praktiken konstituierte soziale Realität. Dann dürften sich eher die Behauptungen als wahr ‚erweisen‘, die halbwegs stabile soziale Arrangements einschließlich von Herrschaftsbeziehungen ‚abbilden‘. Insoweit sollte die Forschung zumindest den jeweils verwendeten Begriff von „Ursache“ und die damit verbundene methodologische Lehre transparent machen.

Zugleich können wir (verallgemeinernde) Behauptungen und kausale Erklärungen als Regeln verstehen, die unser Handeln anleiten. Und dann können aus Sicht der Friedens- und Konfliktforschung besonders die Behauptungen über Ursachen oder kausale Zusammenhänge als problematisch verstanden werden, die, wenn wir sie als Regel begreifen, zu einem Einsatz von Gewalt anleiten. Zugespitzt gesagt ist an der „Theorie des demokratischen Friedens“ vor allem interessant, wie auf diesem Wege Gewalt ermöglicht und legitimiert wird, was natürlich weder impliziert, dass die Wissenschaft dabei die einziger oder auch nur zentrale Rolle spielt, noch besagt, dass „demokratische“ Regeln keine Gewalt begrenzenden Effekte haben können. Damit will ich natürlich nicht dafür plädieren, die Friedens- und Konfliktforschung sollte sich auf wissenschaftliche Theorien als Untersuchungsgegenstand beschränken. Denn an den vielfältigen Praktiken und Strategien der Produktion von Wahrheiten sind ja offensichtlich auch andere „agencies“ beteiligt.

Wie können wir aber sehen, ob eine Regel tatsächlich angewendet wird? Ob eine Regel die Ursache einer bestimmten Handlung war, werden wir nie mit Sicherheit beweisen oder wissen können. Der nahe liegende Alternative besteht darin, den Blick eben auf die Anwendungen von Regeln zu richten, also die Handlungen, in denen Wort und Welt miteinander verbunden werden, wie beispielsweise einer wechselseitigen Korrektur oder Sanktionierung, bei der wie uns auf eine Regel berufen.

Literatur:

- Blair, Tony (2007): A Battle for Global Values, in: *Foreign Affairs* 86,1: 79-90.
- Bonacker, Thorsten/Imbusch, Peter (2005): Zentrale Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung: Konflikt, Gewalt, Krieg, Frieden, in: Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hg.): *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung*, 3. überarbeitete Aufl., Wiesbaden: 69-144.
- Cavell, Stanley (2001): Müssen wir meinen, was wir sagen, in: Ders.: *Nach der Philosophie. Essays*, zweite, erw. und überarb. Auflage, Berlin: 37-73.
- Campbell, David (1996): Violent Performances: Identity, Sovereignty, Responsibility, in: Lapid, Yosef/Kratochwil, Friedrich (Hg.): *The Return of Culture and Identity in IR Theory*, Boulder und London: 163-180.
- Czempiel, Ernst-Otto (1999): *Kluge Macht: Außenpolitik für das 21. Jahrhundert*, München.
- Debrix, Francois (2003): Language, Nonfoundationalism, International Relations, in: Ders. (Hg.): *Language, Agency, and Politics in a Constructed World*, Armonk/London: 3-25.
- Dessler, David (1991): Beyond Correlations: Toward a Causal Theory of War, in: *International Studies Quarterly* 35: 337-355.
- Gunnell, John (2004): Desperately Seeking Wittgenstein, in: *European Journal of Political Theory*: 77-98.
- Hall, Stuart (1997; Hg.): *Representation. Cultural Representations and Signifying Practices*, London.
- King, Gary/Keohane, Robert O./Verba, Sidney 1994: *Designing Social Inquiry: Scientific Influence in Qualitative Research*, Princeton.
- Kratochwil, Friedrich V. (2001): Constructivism as an Approach to Interdisciplinary Study, in: Fierke, K. M./Jørgensen, K. Erik (Hg.): *Constructing International Relations: the Next Generation*, Armonk N.Y.: 13-35.
- Kurki, Milja (2006): Causes of a Divided Discipline: Rethinking the Concept of Cause in International Relations Theory, in: *Review of International Studies*, 32: 189-216.
- Mayer, Peter (2003): Die Epistemologie der Internationalen Beziehungen. Anmerkungen zum Stand der „Dritten Debatte“, in: Hellmann, G. et al. (Hg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen*, Baden-Baden: 47-97.
- Mehler, Andreas (2005): Der Völkermord in Ruanda, in: Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hg.): *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung*, 3. überarbeitete Aufl., Wiesbaden: 251-274.
- Onuf, Nicholas G. (1989): *World of Our Making. Rules and Rule in Social Theory and International Relations*, Columbia.

- Patomäki, Heikki/Wight, Colin (2000): After Postpositivism? The Promises of Critical Realism, in: *International Studies Quarterly*, 44: 213-237.
- Ros, Arno (1990): *Begründung und Begriff. Band III. Moderne*, Hamburg.
- Smith, Steve (2000): *Wendt's World*, in: *Review of International Studies*, 26: 151-163.
- Tully, James (2003): *Politische Philosophie als kritisches Handeln*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 1: 3-23.
- Wight, Colin (2002): *Philosophy of Social Science and International Relations*, in: Carls W. Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons/Beth A. (Hg): *Handbook of International Relations*, London: 23-51.
- Wittgenstein, Ludwig (1984): *Das Blaue Buch. Werkausgabe Bd. 5*, Frankfurt.